

Antrag für den Ratschlag

Entstanden aus der Diskussion in der Welthandels & WTO AG.

Peter Andersen, David Hachfeld, Oliver Moldenhauer, Johannes Lauterbach, Wolfgang Lindweiler u. a.

Positionspapier zum General Agreement on Trade in Services (GATS)

Mit den gegenwärtigen Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen GATS bereitet die Welthandelsorganisation WTO einen weiteren Liberalisierungsschub vor. Das GATS zielt auf eine umfassende Liberalisierung des weltweiten Handels mit Dienstleistungen, auch bislang geschützte Bereiche öffentlicher Dienstleistungen wie das Bildungswesen, der Gesundheitssektor, und die Wasserversorgung sollen den Gesetzen des Marktes unterworfen und für internationale Großkonzerne zugänglich gemacht werden.

Im Fadenkreuz des GATS stehen

- das Recht auf Zugang zu Grundgütern des Lebens wie Bildung, Wasser und medizinischer Versorgung, denn diese werden behandelt wie x-beliebige Waren
- die Demokratie, denn politisch beschlossene Standards und Regeln für diese Grundgüter werden den Interessen der Konzerne auf ungehemmten Marktzugang untergeordnet und einmal durchgeführte Liberalisierungen würden faktisch unumkehrbar festgeschrieben.
- Entwicklungsperspektiven für die Länder des Südens, denn sie müssen sich für die internationalen Konzerne öffnen, statt eigenständige Wirtschaftsentwicklung, z.B. auch im Bereich des Tourismus, fördern und schützen zu können. Dabei zeigen die Erfahrungen mit bisherigen WTO-Handelsabkommen, dass die reichen Industrieländer ihre Absatzmärkte erweitern konnten, die vereinbarte Öffnung der eigenen Märkte für Importe aus dem Süden aber kaum umgesetzt wurde.

Die Europäische Union ist als treibende Kraft in den Verhandlungen mit dabei, im Dienstleistungsbereich jegliche demokratisch legitimierte Kontrolle und Gestaltung den Profit-Interessen internationaler Dienstleistungskonzerne zu opfern. Trotz der erheblichen Bedeutung der GATS - Verhandlungen wird die Öffentlichkeit nicht informiert, ein öffentlicher demokratischer Entscheidungsprozess wird gezielt durch die Geheimhaltung der Verhandlungsvorschläge, insbesondere durch die EU-Kommission verhindert.

Der Verlauf der GATS-Verhandlungen macht einmal mehr deutlich, dass die WTO einer demokratischen Umstrukturierung bedarf. Nicht die dogmatische Liberalisierung des Welthandels, sondern die Nutzung der internationalen Arbeitsteilung im Interesse von Mensch und Umwelt müssen ihre zentrale Verpflichtung werden.

Attac lehnt das GATS in seiner jetzigen Form ab:

- Die Gestaltung der Lebensverhältnisse durch die Betroffenen nach den Prinzipien der Demokratie und Subsidiarität muss gewährleistet bleiben. Die Bürger müssen die Gelegenheit haben, durchgeführte Liberalisierungen jederzeit wieder rückgängig zu machen. Die derzeitigen GATS Regelungen, die eine Rücknahme praktisch unmöglich machen, sind demokratiefeindlich.
- Öffentliche Dienste (Bildung, Gesundheit, Wasser, Energieversorgung, Verkehr, etc.) müssen vollständig aus dem Geltungsbereich des GATS herausgenommen werden. Jede Gemeinschaft muss autonom und immer neu entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Dienste organisieren will, und darf nicht zur Beteiligung ausländischer Konzerne gezwungen werden.

- Attac wendet sich dagegen, dass in Zukunft alle innerstaatlichen Regulierungen von Dienstleistungen ("*domestic regulations*") als mögliche Handelshemmnisse auf den Prüfstand der WTO kommen sollen. Wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitisch motivierte Regulierungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und regionaler Ebene müssen erhalten werden. Die bisherigen negativen Erfahrungen mit den "Notwendigkeitstests" der WTO zeigen, wie leicht staatliche Auflagen zu "ungerechtfertigten Handelshemmnissen" erklärt werden können.
- Regeln und Maßnahmen zum Umwelt und Ressourcenschutz und zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen dürfen nicht durch GATS außer Kraft gesetzt werden. Umweltpolitisch motivierte handelspolitische Maßnahmen müssen erlaubt sein. .
- Auf investitionspolitische Forderungen und Festlegungen im Rahmen des GATS muss verzichtet werden. Ein MAI (Multilateral Agreement on Investment) durch die Hintertür muss im GATS ausgeschlossen werden.
- Entwicklungsländer müssen durch das Prinzip der speziellen und differenzierten Behandlung sowie die Einräumung von Sicherheitsklauseln bei Notständen unterstützt werden.
- Das Recht auf souveräne Steuerung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs darf durch die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen nicht eingeschränkt werden. Die WTO-Mitgliedstaaten müssen u.a. das Recht behalten, den Kapitalverkehr - z.B. durch Kapitalverkehrskontrollen - zu regulieren.
- Von der Europäischen Union und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten verlangen wir volle Transparenz und ausführliche vorherige parlamentarische und öffentliche Diskussion aller Verhandlungsschritte und ihrer Zielsetzungen im Rahmen des GATS. Die EU-Kommission hat jedoch erklärt, dass "die Forderungen, die bei den WTO-Mitgliedern eingereicht werden, nicht öffentlich sein können und werden, da sie Teil eines bilateralen Verhandlungsprozesses sind." Diese Haltung missachtet die Demokratie und beraubt die Bürger ihrer Informations- und Beteiligungsrechte.

Attac fordert ein sofortiges Moratorium der Dienstleistungsverhandlungen in der WTO.

Während des Moratoriums sind umfangreiche Untersuchungen der GATS-Bestimmungen sowie nationaler Verhandlungsvorschläge auf ihre sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen - sogenannte *Sustainability Impact Assessments* - durchzuführen. Die Untersuchungsergebnisse müssen öffentlich diskutiert und strukturelle sowie inhaltliche Änderungen des GATS-Regelwerks vorgenommen wurden. Dabei tritt ATTAC für den Vorrang entwicklungspolitischer, sozialer und ökologischer Ziele und eine Umkehrung der dem GATS zu Grunde liegenden Logik des Vorrangs wirtschaftlicher Interessen ein.

Die GATS Verhandlungen werden mit Hochdruck vorangetrieben, wenn wir nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollen, müssen wir jetzt aktiv werden. Attac wird für die Forderung für ein Verhandlungsmoratorium kämpfen und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger mobilisieren. Zu unserem Protest gehört, dass wir natürlich auch weiterhin jegliche Informationen aus dem Verhandlungsprozess veröffentlichen, die wir erhalten können. – Wie schon das MAI bekämpfen wir auch die Neuauflage des GATS mit dem Drakula-Prinzip: Sobald sie ans Licht kommen, zerfallen sie zu Staub.